

INTERPELLATION von Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil), Annelies Schneider-Schatz (SVP, Bäretswil) und Arnold Suter (SVP, Kilchberg)

betreffend massive Zunahme der Einbruchs- und Drogendelikte im Kanton Zürich

Im Kanton Zürich haben im vergangenen Jahr die Einbruchs- und Drogendelikte massiv zugenommen. Immer häufiger treten bewaffnete Banden auf, die vor allem ländliche Gebiete heimsuchen. Von den 1'004 Einbruchsverdächtigen waren 1996 mehr als die Hälfte (50,7 %) Ausländer; 14,3 % waren Asylsuchende, viermal mehr als im Vorjahr.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die massive Zunahme der Einbruchs- und Drogendelikte. Worauf führt sie diese Entwicklung zurück?
2. Mit welchen Massnahmen tritt die Regierung dieser gefährlichen Entwicklung entgegen?
3. Ist die Regierung bereit, bei den zuständigen Bundesbehörden energisch zu intervenieren, damit die Grenzkontrollen endlich verschärft werden?
4. Ist die Regierung auch bereit, bei den Bundesbehörden wirksame Massnahmen gegen die illegale Einwanderung zu verlangen und allenfalls einen dringlichen Bundesbeschluss zu fordern, wonach auf Asylgesuche von illegalen Einwanderern nicht mehr eingetreten wird?
5. Erwägt die Regierung andere Einsatzschwerpunkte für die vorhandenen Polizeikräfte, um dieser neuen Bedrohung für die Sicherheit unserer Bevölkerung vermehrt Rechnung zu tragen?

Bruno Zuppiger
Annelies Schneider-Schatz
Arnold Suter

H. Egloff
K. Krebs
R. Rietiker
T. Leuthold
W. Haderer
G. Schellenberg

E. Brunner
U. Betschart
O. Bachmann
E. Stocker
W. Peter
H.P. Frei

P. Marti
A. Heer
E. Schibli
H. Frei
B. Kuhn
F. Binder

Begründung:

Die Gewährleistung der Sicherheit für unsere Bevölkerung und die Durchsetzung des Rechts ist die erste Aufgabe unseres Staates. Die Regierung muss deshalb alles in ihrer Macht Stehende tun, um der äusserst gefährlichen Entwicklung im Zusammenhang mit Einbruchs- und Drogendelikten Einhalt zu gebieten.